



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lorsch

Pressemitteilung

Rentenreform: Es trifft die Jüngeren

MdB Christine Lambrecht zählt zu den Kritikern des Riester-Modells

Walter Riester sei ehrlicher als das von Norbert Blüm, verteidigte die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht die Gedanken des Arbeitsministers zur Reform der Rente. Blüm habe nämlich bei seinen Berechnungen die demografische schwierigen Jahre weggelassen, nicht aber Walter Riester. Auch wenn sie zu seinen Kritikern zähle und sie sicher sei, dass hier noch diskutiert werden könne, so komme man doch nicht umhin, sich ernsthafte Gedanken zu machen über den „Generationenvertrag und die Rentenreform.“ Das war auch das Thema, zu dem der SPD-Ortsverein Einhausen am Sonntagvormittag in die Altentagesstätte eingeladen hatte. Moderator Reimund Strauch konnte zu diesem frühen Termin neben dem Publikum auf dem Podium auch MdB Lothar Mark, Mannheim, und einige Betriebsratsvorsitzende begrüßen.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Rentenreform in erster Linie die jüngeren Beitragszahler unterhalb der 45-Jahr-Grenze treffe. An der Frage, 22 Prozent Beitragsanteil und vier Prozent private Vorsorge, bezahlbar nur von den Arbeitnehmern, schieden sich die Geister. Die einen sahen die Notwendigkeit, weil man vor allem Klein- und Mittelbetrieben diese Kosten nicht aufbürden könne. Die anderen sahen darin einen Systembruch, der dazu führe, dass auch andere Sozialversicherungen in Richtung „private Vorsorge“ geöffnet würden. Christine Lambrecht nannte hierzu Zahlen. Die private Vorsorge solle

stufenweise bis 2008 eingeführt werden. Der Staat wolle diese Art der Vorsorge fördern. Bei Besserverdienern lasse sich der Betrag mit der Steuer verrechnen. Bei Gering- und Mittelverdienern gebe es Zuschüsse, die den Staat jährlich 20 bis 30 Milliarden Mark kosteten. So könne eine Familie mit zwei Kindern 1320 Mark im Jahr bekommen. Je 300 Mark pro Elternteil und 360 Mark pro Kind. Positiv sei auch die Regelung, dass bei einer zu niedrigen Rente, was sehr oft Frauen treffe, diese nicht mehr zum Sozialamt gehen müssten. Sie könnten einen Antrag zur Aufstockung der Rente bei der Rentenversicherung stellen. Die Kosten zahle der Bund. „Das ist zwar nicht die gewünschte Grundsicherung, aber besser als der demütigende Gang zum Sozialamt,“ kommentierte sie diesen Teil der Reform.

MdB Lothar Mark sah zwar auch einige Kritikpunkte, vertrat aber die Auffassung, dass die Entwicklung der Ökonomie so schnell vor sich gehe, dass man heute nicht sagen könne, was im berechneten Jahr 2030 sei. Man müsse aber heute planen, auch auf die Gefahr hin, dass man diesen Plan schon bald wieder modifizieren müsse. Positiv bewertete er, dass Kindererziehungszeiten im Rahmen der Generationenverantwortung voll anerkannt werden sollen und dass es keinen Rückgriff mehr gibt auf die Kinder, wenn Eltern eine zu niedrige Rente haben. Er verwies darauf, dass der Bund bereits jetzt die Rentenversicherung mit 137 Milliarden Mark jährlich stütze. Angesichts von 1,5 Billionen Mark (1500 Milliarden Mark) Schulden und jährlich 82 Milliarden Mark Schuldzinsen müsse man da



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lorsch

gegensteuern. Im Generationenvertrag seien alle mit verantwortlich.

Joachim Horner, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler-Chrysler in Mannheim wertete es zunächst einmal positiv, dass die Menschen heute älter würden. Die Rentenbezugsdauer sei von neun auf 16 Jahre gestiegen. Die Frage sei nur, wie das finanziert werden könne. Der CDU warf er Scheinheiligkeit vor. Sie habe 16 Jahre lang auf private Vorsorge gedrängt und wolle jetzt nichts mehr davon wissen. Er verwies aber auch darauf, dass eine Kapital-

Rentenversicherung nicht so sicher sei wie eine umlagefinanzierte gesetzliche Versicherung. Das hätten die beiden Weltkriege gezeigt. Selbst heute hätten sich schon riesige amerikanische Rentenfonds verspekuliert und hätten international mit Milliarden gestützt werden müssen. Private Vorsorge decke auch nicht Erwerbsminderung und Invalidität ab, warnte er.

Udo Belz, Betriebsratsvorsitzender von Alstom (ABB) in Mannheim sprach sich gegen Rentenabschläge aus, weil die Rente in der Masse schon heute nicht so üppig sei, wie das immer dargestellt werde. Klaus Bauer, Betriebsratsvorsitzender von Sirona-Dental sah in der privaten Vorsorge, nur von Arbeitnehmern bezahlt, einen Systembruch, den man nicht hinnehmen dürfe. Eine Möglichkeit der Verbesserung sah er in einer gesetzlich abgesicherten

Betriebsrente. Die lebhafteste Diskussion zeigte, dass das Thema Rente von Interesse ist. Der „Spiegel“ hatte jüngst vorgerechnet, dass Deutschland in 50 Jahren rund 30 Millionen Einwohner weniger habe, bei der jetzigen Geburten- und Sterberate. Das macht die Problematik deutlich. ml